

PRESSE INFORMATION

Geschäftsstelle
Rathausufer 8
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 8 99 31 67
Fax: 0211 / 8 93 31 67
e-Mail: annette.steller@stadt.duesseldorf.de
www.spd-duesseldorf.de
Düsseldorf, 05.09.2006

SPD kritisiert novellierte Straßensatzung

Zur Diskussion um die novellierte Düsseldorfer Straßensatzung nimmt die SPD-Ratsfraktion wie folgt Stellung:

1. Um unsere gesellschaftspolitischen Probleme konstruktiv zu bearbeiten, brauchen wir in Düsseldorf ein professionelles sozialpolitisches und ordnungspolitisches Herangehen.
2. Hierzu bedarf es einer zielgerichteten Abwägung und einer gegenseitigen Abstimmung. Obdachlosigkeit und Suchtprobleme sind wesentlich sozialpolitisch zu regelnde Probleme. „Wildpinkeln“ muss im Wesentlichen ordnungspolitisch angegangen werden, inklusive präventiver Maßnahmen wie ausreichendes Aufstellen öffentlicher Toiletten, Aufklärung etc.
3. Wichtige Aufgabe der Politik ist es, jenseits von Ausgrenzung im Dialog mit den Betroffenen und auch mit Minderheiten, konkrete Schritte zur Verständigung und zur Lösung von Problemen zu gehen.
4. Rechtlich betrachtet sind die notwendigen ordnungspolitischen Maßnahmen durch das aktuelle Ordnungsrecht abgedeckt. Es bedarf keiner Sonderregelungen, da die hier aufgeführten Tatbestände entweder einen Straftatbestand (Nötigung, Sachbeschädigung etc.) darstellen oder durch andere gesetzliche Bestimmungen wie das Ordnungswidrigkeitengesetz und die Ermächtigungsgrundlage des Ordnungsbehördengesetzes geregelt sind.

Dass im Einzelfall (siehe Wildpinkeln) erweiterte Regelungen möglich und sinnvoll sind, wurde schon in der letzten Sitzung des Ordnungs- und Verkehrsausschusses betont. Mit der Verschärfung der Straßensatzung im Jahr 2000, die in der Ratssitzung vom 24.02.2000 von der SPD abgelehnt worden ist, sind die CDU/FDP-Ratsmehrheit und der Ordnungsdezernent allerdings in die entgegen gesetzte Richtung marschiert.

5. Politisch betrachtet muss Herr Leonardt sich als Ordnungsdezernent fragen lassen, ob es zielführend ist, alle sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen dieser Stadt mit dem Primat der Ordnungspolitik anzuge-

hen. Sehr häufig sind konkrete Maßnahmen der Jugendhilfe und der Sozialhilfe, der Drogenhilfe, der Gesundheitsfürsorge und der Schulsozialarbeit angemessener, effektiver und damit ergebnisorientierter.

Wichtig bleibt eine gute Kooperation aller kommunalen Bereiche auf gleicher Augenhöhe. Dies bezieht zwingend die konstruktive Zusammenarbeit mit freien Trägern und der Polizei ein.

Bei Rückfragen steht Ihnen Martin Volkenrath, Tel. 0172-2635414 zur Verfügung.